Protokollauszug

Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar vom 24.10.2024

TOP 11.1. Optimierung des Bolzplatzes Schützenwiese

verwiesen
VOP/2024/0015

Auf Grund des Widerspruch des Bürgermeisters musste diese Vorlage erneut zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Wortmeldungen: Herr Toni Brüggert, Herr Beyer, Herr Krumpen, Herr Beyer, Herr Tom Brüggert, Herr Berkhahn, Herr Beyer, Frau Schmidt-Blaahs, Herr Beyer, Herr Holst, Herr Tom Brüggert, Herr Jantzen, Herr Toni Brüggert, Herr Berkhahn, Herr Krumpen, Herr Fuhrwerk, Herr Beyer, Herr Domke, Herr Berkhahn, Herr Beyer

Es erfolgt die Abstimmung über den Widerspruch des Bürgermeisters BA/2024/0100.
- Widerspruch mehrheitlich bestätigt

Wortmeldungen: Herr Tom Brüggert, Herr Beyer

Herr Krumpen, Fraktion Die Linke, beantragt die Verweisung der Vorlage in den Bau- und Sanierungsausschuss.

Es erfolgt die Abstimmung über die Verweisung in den Bau- und Sanierungsausschuss.
- verwiesen

Beschluss:

Die Bürgerschaft beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, folgende Maßnahmen zur Optimierung des Bolzplatzes Schützenwiese zu prüfen:

1. Installation von Ballfangzäunen:

Prüfung der technischen Machbarkeit und der Kosten für die Installation der zuvor demontierten Ballfangzäune vom Friedenshof auf dem Bolzplatz Schützenwiese

Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Lösung hinsichtlich Naturschutz, Spielbetrieb und Kosten

Festlegung eines geeigneten Standorts für die Ballfangzäune, der sowohl den Schutz der Natur als auch die Spielmöglichkeiten optimiert

2. Errichtung eines zusätzlichen Tores:

Prüfung der Machbarkeit der Installation eines zusätzlichen Tores auf dem Bolzplatz

Ermittlung der Kosten für die Errichtung des Tores

Anlage 1 Widerspruch Bgm

Vorlagennummer: BA/2024/0100
Vorlageart: Bericht/Antwort gem. KV M-V
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Widerspruch gegen den Beschluss der Bürgerschaft vom 26.09.2024 zur Optimierung des Bolzplatzes Schützenwiese (VOP/2024/0015)

Datum: 08.10.2024
Federführung: 30 RECHTSAMT

Beratungsfolge

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Öffentlichkeitsstatus
Bürgerschaft der Hansestadt Wismar (Anfrage / Antwort / Bericht)		Ö

Sachverhalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich des zuvor genannten Beschlusses der Bürgerschaft sehe ich mich leider gezwungen, diesem gemäß § 33 Abs. 1 KV M-V fristwährend widersprechen zu müssen.

Den Widerspruch begründe ich wie folgt:

I.

Ich bin nach § 33 Abs. 1 Satz 1 KV M-V verpflichtet, einem Beschluss der Bürgerschaft zu widersprechen, wenn dieser das Recht verletzt.

1.) Sachlage

In der Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar vom 26.09.2024 beschloss die Bürgerschaft mehrheitlich, den Bürgermeister zu beauftragen, Maßnahmen hinsichtlich der Installation von Ballfangzäunen und der Errichtung eines zusätzlichen Tores zur Optimierung des Bolzplatzes Schützenwiese zu prüfen.

Bereits im Vorfeld der Sitzung wurde seitens der Verwaltung zu diesem Fraktionsantrag Stellung genommen (VOP/2024/0015-01) und u.a. darauf hingewiesen, dass die gewünschte Prüfung neben der Ermittlung des Aufwandes und der Kosten in erster Linie die umfängliche Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des Baurechtes inkl. der Thematik des Immissionsschutzes mit entsprechenden Gutachten umfassen würde.

2.) Rechtslage

Nach der diesseitigen rechtlichen Einschätzung verletzt der Beschluss Recht, indem er insbesondere gegen die Vorschrift des erforderlichen Deckungsvorschlags gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 KV M-V verstößt.

Gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 KV M-V müssen Anträge, durch die der Gemeinde Mehraufwendungen [...] entstehen, bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen.

Ein solcher Kostendeckungsvorschlag fehlte dem Fraktionsantrag in Gänze.

Zwar handelt es sich "nur" um einen Prüfauftrag, doch würde die Ausführung dieses Beschlusses bereits mit Kosten verbunden sein, deren Deckung mangels Kostendeckungsvorschlags nicht geklärt ist.

Die Intention des Beschlusses würde bewirken, dass die aktuell vorhandene Grün- und Freifläche geändert und einer intensiveren Nutzung in Form einer Bolz- bzw. Sportspielanlage zugeführt werden soll. Nach Einschätzung des Bauamtes müsste hierfür zunächst das Baurecht geprüft werden. Ohne zu wissen, ob ein solches Vorhaben überhaupt baurechtlich zulässig wäre, würde die Prüfung hinsichtlich der Installation von Ballfangzäunen und der Errichtung eines zusätzlichen Tores anderenfalls ins Leere laufen. Dies kann seitens der Bürgerschaft nicht gewollt sein.

Der ursprüngliche B-Plan ist rechtlich formell unwirksam. Daher müsste hier das Einfügen im Innen- oder sogar Außenbereich (§§ 34, 35 BauGB) geprüft werden. Dabei wäre u.a. zu prüfen, ob durch das Vorhaben keine schädlichen Auswirkungen entstehen bzw. öffentliche Belange nicht dagegensprechen. Neben einer kurzen fachlichen Einschätzung wären hier insbesondere Immissionsschutzrechtliche Belange aufgrund der Nähe zur Wohnbebauung zu prüfen. Diese Prüfung könnte nur durch ein entsprechendes Gutachten erfolgen, welches durch die Verwaltung beauftragt werden müsste.

Abschließend ließe sich sodann eine baurechtliche Prüfung nur durch Vorlage einer Genehmigungsplanung (LP 4) vornehmen. Gleiches gilt auch für die Ermittlung der Kosten, wofür ebenfalls eine Beauftragung an ein externes Planungsbüro erfolgen müsste.

Welche konkreten (geschätzten) Kosten würden diese Maßnahmen nach sich ziehen?

1. Immissionsschutzrechtliches Gutachten: ca. 3.500 €
2. Vorplanung / Genehmigungsplanung: ca. 8.000 €

Im Weiteren würden dann noch die Kosten für die Ausführungsplanung und bauliche Umsetzung hinzukommen. Darum geht es aber derzeit im Prüfauftrag der Bürgerschaft nicht.

Der gefasste Beschluss der Bürgerschaft enthielt zudem keine zeitlichen Angaben hinsichtlich deren Ausführung. Nach Rechtsprechung hierzu verhält es sich so, dass die Ausführung von Beschlüssen durch den Bürgermeister (§ 38 Abs. 3 Satz 1 KV M-V) grundsätzlich unverzüglich zu erfolgen hat.

Um hier dennoch im Sinne der Mehrheit der Bürgerschaft agieren zu können, schlägt die Verwaltung daher vermittelnd folgendes Vorgehen vor:

Der jetzige Doppelhaushalt 2024/2025 sieht für die baurechtliche Zulässigkeitsprüfung keine Mittel vor. Mittelfristig sind bis 2027 alle Investitionsmittel geplant. Frühestens zur Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes könnten neue Maßnahmen geplant werden. Bereits begonnene Maßnahmen würden dafür nicht zur Verfügung stehen.

Wenn Sie mithin ergänzend beschließen würden, dass die Kosten für die Prüfung in den nächsten Haushalt 2026/2027 einzustellen sind, könnte die Prüfung in diesem Zeitraum umgesetzt werden. Im Falle der Machbarkeit der Optimierung des Bolzplatzes könnte sodann wiederum im nächsten Haushalt 2028/2029 die eigentliche Umsetzung veranschlagt werden.

Derzeit sind zudem die personellen Kapazitäten für andere Maßnahmen (auch im Investitionsbereich) gebunden und stehen nicht zur Verfügung. Die von Ihnen gewünschte Prüfung erfordert für die Vergabe und Betreuung der Gutachten und der Planung personelle Kapazitäten der Verwaltung.

Der von der Bürgerschaft beschlossene Investitionsplan wurde durch die Verwaltung unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Kapazitäten aufgestellt. Somit hat die Bürgerschaft selbst Prioritäten festgelegt. Wenn diese nun geändert werden sollen, können diese wieder in den nächsten Haushaltsaufstellungen analog der bereits praktizierten Thematiken Graffitiwände oder Hundeauslaufwiese im Bürgerpark durch die Verwaltung aufgegriffen, eingeordnet und von Ihnen in der gewollten Priorität beschlossen werden.

Freiwillige Investitionsvorhaben des Teilhaushaltes 08, die in diesen Zeitraum fallen, sind u.a. folgende:

- Graffitiwände = 80.000 EUR (2025/2026)
- Bürgerpark Hundewiese = 30.000 EUR (2028)
- Lindengarten = 540.000 EUR (2028 als Merkposten)
- Wiederherstellung Fürstenhofgarten = 570.000 EUR (2030 als Merkposten)

Es würde in den Haushaltsplanungen dargestellt werden, auf welche abzuarbeitenden Projekte dann zu verzichten wäre bzw. wie die Projekte zeitlich verschoben werden können, um auch die personellen Kapazitäten im Bauamt abbilden zu können.

Abschließend gibt die Verwaltung zu bedenken, dass es sich bei dem „Ausbau“ des Bolzplatzes auf der Schützenwiese um eine freiwillige Leistung handelt. Ein derartiges Vorhaben wird unweigerlich Folgekosten nach sich ziehen und damit wiederum die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt beschränken. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Haushaltssituation wird das Vorhaben aus haushalterischer Sicht sehr kritisch betrachtet.

II.

Ich bitte Sie folglich darum, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bürgerschaft aufzunehmen und eine erneute Beschlussfassung mit der Ergänzung, die für die baurechtliche Prüfung notwendigen Kosten in den Doppelhaushalt 2026/2027 einzustellen, über die Vorlage herbeizuführen.

Anlage/n

Keine